

18. Dezember 2012

## **Global Day of Action for the Rights of Migrants, Refugees and Displaced people**

WE MIGRATE TO LIVE, NO MORE DEATHS, NO MORE MISSING PEOPLE

Die Wohlhabenden der Welt schotten sich ab. Zäune, Mauern, Kontrollboote und bewaffnete Posten sollen verhindern, dass Vertriebene, Verfolgte und Hungernde in andere Länder einwandern.

Menschen ohne jede Perspektive machen sich trotzdem auf den Weg und versuchen, die Hürden zu überwinden. Viele Flüchtlinge kommen auf ihrer Wanderung um oder verschwinden. Sind sie in der Wüste verdurstet oder im Mittelmeer ertrunken? Ihre Familien werden es nie erfahren.

Mindestens 18 567 Menschen sind seit 1988 beim Versuch, die EU-Außengrenzen zu überwinden, zu Tode gekommen.

Die es schaffen, sind von Abschiebung bedroht, von Ausbeutung und Menschenhandel. Flüchtlinge, die noch keinen gesicherten Aufenthaltsstatus haben, können ihren Wohnsitz nicht frei wählen und werden in Wohnheime gesteckt. Sie dürfen nicht arbeiten, bekommen aber verminderte Sozialleistungen.

Das Bundesverfassungsgericht hat festgestellt, dass die Beträge nach Asylbewerberleistungsgesetz viel zu niedrig sind. Das Asylbewerberleistungsgesetz benachteiligt Flüchtlinge erheblich. Deshalb gehört es abgeschafft.

Weltweit hatten die Migrantinnen Mitte 2010 einen Anteil von 3,1 Prozent an der Bevölkerung (1990: 2,9 Prozent). In den ökonomisch entwickelten Staaten erhöhte sich der Anteil der Migranten an der Bevölkerung zwischen 1990 und 2010 von 7,2 auf 10,3 Prozent.

Durch die europäische Austeritätspolitik wird sich auch die europäische Binnenmigration verstärken. Diese Politik ruiniert ganze Volkswirtschaften und hat in Griechenland bereits dazu geführt, dass 55 Prozent der unter 25-jährigen keine Arbeit haben. In Spanien sind es 50 Prozent.

Gleichzeitig wurden Renten- und Lohnniveau in allen Ländern Südeuropas gekürzt, was den Binnenmarkt schwächt. Das hatte zur Folge, dass in den

südeuropäischen Ländern (außer Griechenland) nach 2009 die Wirtschaft zunächst wieder am Wachsen war. Die Austeritätspolitik brachte im Jahr 2012 neben Griechenland auch Spanien, Portugal und Italien eine schrumpfende Wirtschaft. Dadurch steigen die Staatsschulden in Prozent zum BIP weiter, die Kreditwürdigkeit wird herabgesetzt und die Kredite werden teurer.

Durch immer mehr falsche Therapie werden die Probleme verschlimmert. Die Eurozone gerät dadurch immer tiefer in die Krise

Die Menschen in den jetzt akut betroffenen Ländern erwarten von der Politik nicht mehr viel. Ihre Proteste werden ignoriert. Sie richten sich mit dem Wenigen ein, was sie haben, oder emigrieren. Ihr Blick richtet sich auf die wirtschaftlich derzeit noch prosperierenden Staaten.

Was geschieht mit den Einwanderinnen und Einwanderern, wenn sich die Krise auch dort stärker bemerkbar macht?

Migranten werden global gesehen bereits jetzt zunehmend Opfer von Menschenrechtsverletzungen, Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit, und sie werden von Schieberbanden ebenso wie Arbeitgebern ausgebeutet.

Das Schleifen von ArbeitnehmerInnenschutzrechten in Folge der Entfesselung der Kapitalmacht, die eine Krise dieses Ausmaßes erst möglich gemacht hat, trifft überall in erster Linie die Menschen, die auf Arbeit oder Leistungen der sozialen Sicherungssysteme angewiesen sind.

Migrantinnen und Migranten sind oft doppelt betroffen: Als ArbeitnehmerInnen und als Menschen mit noch weniger Rechten als ihre Nachbarn.

ZuwandererInnen brauchen die gleichen Rechte wie die anderen BürgerInnen des Landes. Sie brauchen wie alle Bürgerinnen und Bürger menschenwürdige Arbeit und soziale Sicherheit sowie politische und kulturelle Partizipation.

Für ein menschenwürdiges Leben sind diese Rechte unabdingbar für alle BürgerInnen und Bürger in Europa: Einheimische, Arbeitsmigranten und Flüchtlinge.